

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/129

11. Juli 1974

Ein Sieg der Vernunft

Europa-Patentamt in München sichergestellt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz

Seite 1 / 40 Zeilen

Nicht in die Defensive drängen lassen

Die Union will jetzt auf internationaler Ebene
bremsen

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 2 und 3 / 96 Zeilen

Schlußwort zum Prager Vertrag

Ablehnung durch die Opposition war Wahlkampf-
Pflichtübung

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges
und für innerdeutsche Beziehungen

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Sicherheit der Bevölkerung hat Vorrang

Zur Verarbeitung und Lagerung von Plutonium

Von Gerhard Flämig MdB
Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und
Technologie im Europäischen Parlament

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß-Intimus Müller und die "Deutschland-Stiftung"

Seite 8 und 9 / 80 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckart

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kaiserstr. 81, 10A-11? Telefon: 376611

Ein Sieg der Vernunft

Europa-Patentamt in München sichergestellt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz

Die Planung für den Bau des Europäischen Patentamtes in München beschäftigt nun schon mehr als ein Jahrzehnt die beteiligten Stellen und Gremien der Landeshauptstadt München, des Freistaates Bayern und des Bundes wie auch - in immer stärkerem Maße - die Münchner Bürger. Die nach der bekannten Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs neuerdings entbrannte Diskussion um den Standort des Dienstgebäudes für dieses Amt in München ist jetzt von der Vollversammlung des Münchner Stadtrates endgültig beendet worden. Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 9. Juli 1974 mit der großen Mehrheit von 54 zu 25 Stimmen unter Bestätigung seiner früheren Beschlüsse wiederum für den Standort Erhardtstraße entschieden und den Entwurf eines entsprechenden Bebauungsplans gebilligt.

Mit dieser erfreulich klaren und eindeutigen Entscheidung hat der Münchner Stadtrat die von der Bundesregierung in den Verhandlungen mit den europäischen Partnerstaaten um den Sitz des Europäischen Patentamtes für München immer wieder vorgetragenen guten Gründe für den Standort Erhardtstraße einmal mehr anerkannt: die unmittelbare Nachbarschaft zum Deutschen Patentamt, auf dessen technische Dokumentation das Europäische Patentamt angewiesen ist; die zentrale und verkehrsgünstige Lage in München; sowie das bereits weit fortgeschrittene Stadium der Bauplanung für diesen Standort, ein Argument, dem im Hinblick auf die von den Partnerstaaten immer wieder unterstrichene Notwendigkeit, das Europäische Patentamt möglichst bald zu eröffnen, besondere Bedeutung zukommt.

Die ausgiebigen Beratungen im Stadtrat und seinen Ausschüssen haben im Übrigen ergeben, daß für den Standort Erhardtstraße gegenüber allen sonstigen theoretisch in Betracht kommenden Standorten in München die besseren städtebaulichen, verkehrlichen, finanziellen und allgemeinkommunalpolitischen Gründe sprechen.

Mit der jetzigen Entscheidung des Münchner Stadtrates ist die Gefahr gebannt, daß die gegen die harte Konkurrenz von London und Den Haag erstrittene Entscheidung der Münchner Diplomatischen Konferenz für München als Sitz des Europäischen Patentamtes wieder in Frage gestellt werden könnte. Damit ist gesichert, daß die Bundesrepublik Deutschland mit dem Europäischen Patentamt erstmals einer großen europäischen Behörde Heimat bieten wird, daß München ein technisches Zentrum von Weltrenge erhält und daß der Stadt sichere und umweltfreundliche Arbeitsplätze in beachtlicher Zahl zuwachsen. So betrachtet bedeutet die Entscheidung des Münchner Stadtrates vom 9. Juli 1974 einen Fortschritt für Europa, einen Dienst für die Bundesrepublik, aber auch einen Entschluß im wohlverstandenen Interesse der Stadt selbst. Die Entscheidung bedeutet einen Sieg der Vernunft.

(-/11.7.1974/bgj/ob)

+ + +

Nicht in die Defensiva drängen lassen

Die Union will jetzt auf internationaler Ebene bremsen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Nachdem nunmehr die Ostverträge unter Dach und Fach sind, verlegt die CDU/CSU ihren Widerstand gegen die Außenpolitik der Regierungsmehrheit jetzt offensichtlich auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Die Große Anfrage, die von der CDU/CSU-Fraktion am 8. Juli mit dem Ziel eingebracht wurde, eine umfassende Debatte im Deutschen Bundestag zu führen, zeugt in der Begründung deutlich von einer überwiegend defensiv geprägten Einstellung zu einem Prozeß der zunehmenden Verständigung zwischen Ost und West. Der Vorsitzende des Außen- und Deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Werner Marx, hat bei der Einbringung dieser Großen Anfrage noch einmal an die Tradition CDU-geführter Bundesregierungen angeknüpft und eine Reihe von Vorbedingungen gestellt, die seiner Auffassung nach erfüllt sein müßten, bevor die Konferenz abgeschlossen wird. Die Vorbedingungen betreffen vor allem den ungehinderten Austausch von Informationen und Meinungen, die deutsche Frage und das Problem der friedlichen Veränderung von Grenzen.

Nun wissen wir, daß die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten bei den genannten Themenbereichen andere politische Auffassungen und Ziele vertreten als wir. Die sowjetische Koexistenz-Doktrin war immer mit der Maßgabe vertreten worden, daß die ideologische Auseinandersetzung nach wie vor und unvermindert fortgesetzt wird und sie demonstrieren bei den Verhandlungen über "Korb III", in dem die Öffnung der Grenzen und der freie Austausch von Informationen und Meinungen sowie der ungehinderte Personenverkehr über die nationalen Grenzen hinweg behandelt werden, gleichzeitig ihre innere Unsicherheit.

Die politische Kernfrage in bezug auf die KSZE lautet nun, ob man einen Abschluß der Konferenz auf hoher Ebene ins Auge fassen soll, obgleich nach wie vor Differenzen zwischen Ost und West bestehen. Wir meinen, daß die Bundesrepublik ein Interesse daran haben muß, mit unseren Partnern dazu beizutragen, die Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Schließlich haben wir mit unserer Ostpolitik die Voraussetzungen geschaffen, nun die gefährlichen Spannungen zwischen Ost und West abzubauen. Nun werden wir in der multilateralen Phase die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen nicht blockieren. Die Bundesrepublik würde dadurch nichts gewinnen. Wir haben abzuwägen zwischen Ost und West und unseren eigenen legitimen Interessen. Unsere Position zur deutschen Frage ist klar. Wir haben keinen Anlaß, diese Position zu revidieren.

Wir haben aber auch keinen Anlaß, eine Schädigung deutscher Interessen auf der Genfer-Konferenz zu befürchten. Eine Prinzipienklärung in Genf schafft kein neues Völkerrecht. Alle Staaten, die in Genf verhandeln,

sind sich darin einig, daß Grenzen unverletzlich sein sollen, also nicht gewaltsam verändert werden dürfen. Darüberhinaus ist klar, daß der Prinzipienkatalog auch eine Formel über die Zulässigkeit friedlicher und einvernehmlicher Grenzveränderungen enthalten wird. Es liegt auf der Hand, daß Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit von Grenzen, Selbstbestimmungsrecht und friedliche und einvernehmliche Veränderung von Grenzen interdependente und gleichgewichtige Prinzipien sind. Die Basis für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Grenzen ist der Gewaltverzicht. Darauf beruhen auch die Ostverträge.

Es ist schädlich für unsere Interessen, wenn - wie es in der Begründung der Großen Anfrage der CDU/CSU geschieht - einer Interpretation Vorschub geleistet wird, die aus innenpolitisch-taktischen Erwägungen von einer Trennung der genannten Grundsätze ausgeht. Wenn die CDU/CSU hier versucht, etwas anderes hereinzudeuteln, dann muß sie sich vorhalten lassen, daß sie die deutschen Interessen beeinträchtigt. Nach allem, was über den Verlauf der Genfer Verhandlungen bekannt geworden ist, dürfte es gelungen sein, die mit dem Prinzipienkatalog verbundenen rechtlichen Probleme in befriedigender Weise zu lösen. Daran ändert auch die in der Großen Anfrage zitierte Indiskretion der "Prawda" nichts.

Ein immer wieder von der CDU/CSU vorgebrachter Einwand gegen die KSZE ist der Hinweis auf mögliche negative Auswirkungen auf die europäische Einigung. Diese Bedenken werden in der Großen Anfrage wiederholt. Sie bleiben damit nicht weniger unzutreffend, denn die EG hat im Wege ihrer politischen Zusammenarbeit von Anfang an an der Konferenz mitgewirkt. Die mit der KSZE verbundenen Probleme waren wiederholt Gegenstand der politischen Beratungen (im Rahmen des Davignon-Verfahrens). Das politische Komitee hat einen Unterausschuß für KSZE-Fragen eingerichtet und ferner eine ad hoc-Gruppe mit der Aufgabe eingesetzt, Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz zu untersuchen. Diese Arbeit hat den Zusammenhalt der EG verstärkt. Die Beratungen in der KSZE haben die Mitglieder der EWG zu einer einheitlichen Haltung geführt für die es bisher kein Gleichnis gibt.

Was den ungehinderten Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen angeht, werden wir nicht nachlassen, auf größere Freizügigkeit und Intensivierung des Austausches zu drängen, aber wir sollten begreifen, daß dies für einen Teil der Ostblockländer ein diffiziler Prozeß ist. In dieser Hinsicht wird die Genfer Konferenz wohl eher den Beginn einer neuen Phase darstellen, als schon selber Abschluß eines Prozesses sein können. In Genf stehen fünf Themenbereiche zur Debatte: Verwandtenbesuche, Familienzusammenführung, Eheschließung, Verbreitung von Informationen und Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten. Wenn auf diesen Gebieten akzeptable Vereinbarungen gefunden werden können, so lassen sich darin durchaus praktische Ansatzpunkte sehen, deren Bedeutung für die Ost-West-Zusammenarbeit nicht unterschätzt werden sollte.

Wir dürfen uns nicht in ein defensives Fahrwasser drängen lassen. Sicher gilt es in unserer Interessenvertretung fest zu bleiben und auch bereit zu sein, für uns nachteilige Formulierungen abzulehnen, aber wir wollen weiter in konstruktiver Weise an den Genfer Verhandlungen teilnehmen und den Konferenzverlauf mitsteuern. Wahrscheinlich wird die Konferenz nicht zum endgültigen Abschluß kommen, sondern ihre Fortsetzung offenhalten.

(~/11.7.1974/ks/pr)

+ + +

Schlußwort zum Prager Vertrag

Ablehnung durch die Opposition war Wahlkampf-Pflichtübung

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges
und für innerdeutsche Beziehungen

Mit der Zurückweisung des Einspruches des Bundesrates gegen den Prager Vertrag durch die Mehrheit des Bundestages hat das Abkommen nunmehr seine letzte Hürde genommen und ist jetzt voll gültig. Wie wenig ernst es der Opposition mit ihrem Einspruch war, ergibt sich daraus, daß sie gar keinen großen Wert darauf legte, die Debatte noch einmal zu eröffnen und daß mehr als 60 Abgeordnete ihrer Fraktion fehlten. Die Ablehnung des Vertrages war für sie eine Pflichtübung im Hinblick auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern, weil sie glaubt, mit ihrer Anti-Haltung bei den sudetendeutschen Heimatvertriebenen Stimmen erhalten zu können. Nun, diese Rechnung wird kaum aufgehen. Es hat sich gezeigt, daß das Wahlverhalten der Vertriebenen sich schon seit langem in nichts von dem der übrigen Bundesbürger unterscheidet, ja daß man noch in größerem Maße der SPD die Stimme gibt, weil man weiß, daß sie es in den sozialen Fragen der Vertriebenen immer sehr ernst gemeint hat.

Von manchen Kreisen innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft wird dennoch der Grabenkrieg gegen Vertrag und Regierung fortgesetzt. In Zuschriften an Presseorgane und in öffentlichen Erklärungen verbreitet man weiter die Behauptung, daß der Vertrag die Massenausweisung rechtfertige, man zweifelt die Bereitschaft der Regierung der ČSSR an, den ausreisewilligen Sudetendeutschen in der ČSSR die Genehmigung zur Ausreise zu erteilen, und verbreitet das Gerücht über angebliche tschechoslowakische Reparationsforderungen, obwohl der Vertrag ausdrücklich den Passus enthält, daß er keine Grundlage für Reparationsforderungen biete. Auch die Forderung, den in der ČSSR verbliebenen Deutschen müsse das Recht auf das Leben in der

eigenen Kultur gestattet werden, wird erhoben.

Beginnen wir mit dem Letzten. Niemand kann bestreiten, daß neben den Deutschen in Rumänien die in der ČSSR lebenden Sudetendeutschen noch den verhältnismäßig größten kulturellen Spielraum haben. Daß sich das Organisationsleben unter kommunistischen Vorzeichen abspielt, ist sicher. Nur kann niemand erwarten, daß man in einem kommunistischen Staat eine Insel westlicher Demokratie bestehen läßt, sonst wäre er kein kommunistischer Staat. Was den angezweifelt Willen der tschechischen Behörden zur Familienzusammenführung anbelangt, so sind vor dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages von dem bestimmt nicht besonderer Sympathien zur SPD verdächtigen Vertreter des Roten Kreuzes gerade diese Verhandlungen als besonders hoffnungsvoll bezeichnet worden. Die im Sudetengebiet lebenden Deutschen stellen zudem wohl auch kaum ein so wichtiges Wirtschaftspotential wie die Deutschen in Oberschlesien dar. Das Interesse an ihrer Zurückhaltung dürfte daher in der ČSSR auch wesentlich geringer sein.

Im Übrigen muß man sich wirklich die Frage vorlegen, ob es den Interessen der Sudetendeutschen, aber auch der Bundesrepublik als Ganzes dient, wenn man von manchen Kreisen der Sudetendeutschen Landsmannschaft her versucht, dem Vertrag geradezu die mißlichste aller Interpretationsmöglichkeiten zu unterschieben. Das Abkommen ist von den Völkerrechtlern des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit Völkerrechtlern an den Universitäten abgeklapft worden. In Prag hat man nach seiner Unterzeichnung alles andere als Jubel zu hören bekommen. Das mag nach der Ansicht mancher seiner Interpreten ein Zeichen ganz besonderer Gerissenheit sein. Schließlich sollte man aber doch wohl zugestehen, daß die Verhandlungsführer der Bundesrepublik unter Staatssekretär Frank unter dem Eid auf das Grundgesetz stehend verhandelt haben, nach dem es ihre Pflicht ist, die Interessen des deutschen Volkes zu wahren und sein Ansehen zu mehren. Wer sie gehört hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie das redlich getan haben. Ob das bei allen Kritikern des Vertrages der Fall ist, besonders mit der bei manchen von ihnen zu beobachtenden Art der gewollten oder ungewollten Argumentationshilfe für die Scharfmacher der anderen Seite, das sei dahingestellt.

(-/11.7.1974/ks/pr)

+ + +

Sicherheit der Bevölkerung hat Vorrang

Zur Verarbeitung und Lagerung von Plutonium

Von Gerhard Flämig MdB

Mitglied des Ausschusses für Energie, Forschung und
Technologie im Europäischen Parlament

Plutonium ist ein in der Natur nicht vorkommendes künstliches Element in Metallform. Es entsteht bei der Urankern-Spaltung in Atomreaktoren. Auch Plutonium ist radioaktiv und kann wiederum als Brennstoff in Kernreaktoren verwandt werden. Genau wie Uran 235 kann Plutonium 239 auch für eine ungebremste Kettenreaktion in Atombomben Anwendung finden. Auf die Herstellung von Atomwaffen hat die Bundesrepublik freiwillig verzichtet. Im Atomwaffensperrvertrag hat sie sich zusätzlich dazu verpflichtet, spaltbares Material von keinem Staat entgegenzunehmen und an keinen Staat weiterzugeben, der sich nicht den Kontrollen des Atomwaffensperrvertrages unterwirft.

Für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Kernreaktoren bestehen wegen der Radioaktivität von Uran und Plutonium und wegen der besonderen Giftigkeit von Plutonium besonders strenge Vorschriften des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung. Darüber hinaus werden auf Grund von Atomwaffensperrvertrag und Verifikationsabkommen die Herstellung, Verwendung und Ablagerung spaltbaren Materials durch Inspektoren der EURATOM im Auftrag der Internationalen Atomenergiebehörde laufend überwacht ("Spaltflußkontrolle"). Für die Einhaltung von Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung sind die Gewerbeaufsichtsämter zuständig. Beanstandungen wesentlicher Art sind bisher noch nicht bekannt geworden.

In der neuesten Ausgabe des "Spiegel" wird die Befürchtung geäußert, daß die Lagerung von Plutonium nicht ausreichend gegen Diebstahl

oder Sabotage gesichert sei. Obwohl Plutonium wegen seiner Radioaktivität und seiner Giftigkeit nur in Spezialbehältern aufbewahrt und transportiert werden kann und dadurch einen hohen Selbstschutzwert besitzt, ist tatsächlich die Gefahr nicht auszuschließen, daß in einer Wiederaufarbeitungsanlage oder in einer Brennelementefabrik, in denen Plutonium gewonnen oder verarbeitet wird, durch Sabotage-Akte besondere Gefahren heraufbeschworen werden. Da diese Gefahren durch die Gewerbeaufsicht und die bisherigen strengen Atomschutzbestimmungen in der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft nicht ausreichend erfaßt und beseitigt werden können, sind sowohl in der SPD-Bundestagsfraktion als auch in der Europa-Kommission Überlegungen im Gange, einen zusätzlichen Schutz gegen Gefahren durch Gewaltanwendung zu schaffen.

Darüber hinaus werden von der Reaktorsicherheits-Kommission, die im Auftrag des Bundesministers des Innern tätig ist, für Plutonium verarbeitende Betriebe und geplante Plutonium-Lagerstätten besondere Schutzmaßnahmen gegen Naturkatastrophen, Flugzeugabstürze und Brände von Fall zu Fall angeordnet.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat wiederholt betont, daß der Schutz der Bevölkerung vor Gefahren durch spaltbares Material in jedem Fall den Vorrang hat vor der wirtschaftlichen Nutzung. Die Priorität des Bevölkerungs- und Umweltschutzes bleibt auch für die Zukunft erhalten.

(-/11.7.1974/bgy/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß-Intimus Müller und die "Deutschland-Stiftung"

Der Strauß-Intimus und CSU-Abg. Dr. Günther Müller schrieb am 9. März 1970, als er noch aktiver und strammer SPD-Politiker gewesen war, im SPD-Pressedienst einen überaus kritischen Artikel über die sog. "Deutschland-Stiftung", der er heute sehr nahesteht und in deren "Deutschland-Magazin" er ständiger Mitarbeiter ist. Was Dr. Günther Müller am 9. März 1970 über diese "Deutschland-Stiftung" und deren Manager Kurt Ziesel zu sagen mußte, muß heute besonders interessieren.

"Mit dem Erscheinen des von der 'Deutschland-Stiftung' herausgegebenen 'Deutschland-Magazin', einer zweimonatlich erscheinenden, politisch rechts orientierten Tendenzzeitschrift, hat der Außenseiter Kurt Ziesel wieder eine publizistische Heimat gefunden. Das Blatt, in der von Ziesels politischen Bücher-Kampagnen her bekannten Mischung aus Tatsachen und Meinung zusammengeschrieben, befindet sich im Kampf um Beachtung und eine feste Lesergemeinde noch im Stadium des Experimentierens. Während die vorletzte Nummer des CSU-Organ 'Bayernkurier' als Beilage auf den Weg gegeben wurde, schickte Ziesel seine neueste Ausgabe jetzt an die Abgeordneten des Bundestages nach Bonn. In seinem Begleitbrief an die Mitglieder der SPD- und der FDP-Fraktion gibt sich Ziesel, der es im Übrigen für opportun hält, nicht namentlich in Erscheinung zu treten, sondern sich hinter dem 'Vorstand' der 'Deutschland-Stiftung' als Unterzeichner, allerdings mit Absendeort Breitbrunn am Chiemsee, Ziesels Wohnort, zu verstecken, ungewohnt konziliant. 'Aus echter Sorge' und demokratischem Verantwortungsbewußtsein' erfolge, so schreibt Ziesel, die in dem Heft enthaltene harte Kritik an der neuen Ostpolitik und auch der Innenpolitik der neuen Bundesregierung. Freundlicherweise bietet er sogar den Abdruck kritischer Stellungnahmen in seinem nächsten Heft an.

Wer sich durch dieses demokratische Gebaren vielleicht irritieren ließ, wird bei näherer Betrachtung des 'Deutschland-Magazins' eines Besseren belehrt. Das Blatt, dessen Inhalt in der Hauptsache dem Kampf gegen Ostpolitik und Justizreform der neuen Bundesregierung, gegen angebliche Aufweichung der antikommunistischen Berichterstattung und gegen die Sexwelle gewidmet ist, trägt durchgehend Ziesels Handschrift. In seiner äußeren Aufmachung und im Layout erinnert es darüber hinaus stark an das vor acht Jah-

ren eingegangene, von dem Passauer Verleger Kapfinger herausgegebene Rechtmagazin 'Aktuell'. Ein auf einem Einbandstreifen angedrucktes 'Redaktionsprogramm' mit Schlagworten wie 'Deutschland-Magazin kämpft gegen den Rufmord der Massenmedien gegenüber Persönlichkeiten der demokratischen Mitte' ist denn auch über das schlechte, weil unübersichtliche Layout hinaus eine klare Kopie des seinerzeit anfangs von Adenauer unterstützten 'Aktuell'.

Bedruckt wird diesmal bei der Fränkischen Gesellschaftsdruckerei Würzburg, wo auch die rechtskatholische Wochenzeitung 'Deutsche Tagespost' erscheint. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet der Chefredakteur des Regensburger Bistumsblattes, der katholische Rechtsaußenpublizist Anton Reiter, der gleichzeitig Vorstandsmitglied der 'Deutschland-Stiftung' ist und in der neuesten Ausgabe des 'Deutschland-Magazin' ein Interview mit seinem Chef, dem Regensburger Bischof Graber, untergebracht hat. Weitere Autorennamen sind im Impressum des 'Deutschland-Magazin' nicht zu finden, wie auch die meisten Beiträge nicht gezeichnet sind. Ein 'Sanner Korrespondent' existiert zwar, sein Name bleibt jedoch geheim. Genauss ungenannt bleibt der Verfasser eines 'Exklusiv-Interviews' mit Franz-Josef Strauß unter der Schlagzeile 'Konzentrierter Psychoterror einer Regierungspartei' (gegen die Springer-Presse), worin Strauß die Gefahr einer 'Einschaltung' der Presse in schwärzesten Farben ausmalt.

Zur Herausgabe der neuen Zeitschrift von rechts wurde eigens der 'Verlag Deutschland-Magazin' mit Sitz in Breitbrunn am Chiemsee gegründet, Allein-Inhaber: Kurt Ziesel. Dies ist im ganzen Heft der einzige Hinweis auf den spiritus rector. Ziesel wird wohl Grund genug haben für seine Scheu, sich offen zu bekennen. Es kennt den schlechten Ruf, den er als politischer Schriftsteller genießt, selbst am besten. Nur seine Prozeßfreudigkeit, die sich jüngst wieder in einem juristischen Tachtelmechtel mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund manifestierte, der das neue Magazin als 'rechteradikales Hetzblatt' bezeichnet hatte, hindert daran, Ziesels Tätigkeit mit deutlicheren Worten zu charakterisieren.

Bedenklich wird die Sache aber dann, wenn für die Werbung für das neue 'Magazin' der Name des in der ganzen Welt geachteten ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer mißbraucht wird. Durch Herstellung eines Briefes von Adenauer an den konservativen Publizisten Winfried Martini, der auf dem Titelblatt als 'im Blick auf den Machtwechsel in Bonn erstaunlich aktuell' und 'als deutliche Mahnung des großen Staatsmannes' bezeichnet ist, wird dem Leser geistige Verwandtschaft mit Adenauer suggeriert. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieser Brief (aus dem Jahre 1965, also ein Jahr vor seinem Tod) jedoch nur als weiteres Dokument für Adenauers taktisches Geschick, das ihn im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl die SPD als kommunistunfreundlich zu verdächtigen bewog.

Der Mißbrauch des Ansehens an den von allen politischen Richtungen geachteten großen Staatsmann verdient schärfste Kritik. Auch einem Außen-seiter-Publizisten wie Ziesel sollte es nicht erlaubt sein, sein kleines Süppchen mit Adenauer-Zitaten zu würzen." (-/11.7.1974/ogyk/ker/0)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller